

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste.

Karstadts Insolvenz konnte im vergangenen Jahr zum Glück nochmal abgewendet werden. Doch nun steht Bottrop kurz vor der Insolvenz und es ist kein Berggruen in Sicht. Der uns vorliegende Haushalt weist einen Fehlbetrag von 40 Millionen Euro auf. Diese Summe ist nicht viel wenn es um Fussball geht, dafür bekommen sie grade mal zwei Manuel Neuer oder grade mal ein Fünftel Mesut Ösil. Der FC Schalke hat übrigens durch den Einzug ins Champions-League Viertelfinale nach Meldungen der DPA exakt diese Summe von 40 Millionen eingenommen. Unserer Stadt Bottrop, kann aber leider nicht jedes Jahr Champions-League spielen. Unserer Stadt bricht diese Summe buchstäblich den Hals.

Würde man Bottrops Haushaltsfehlbetrag von 40 Millionen Euro in 50 Euro-Scheinen aufeinanderstapeln ergäbe das einen Turm von 80 Metern. Das ist doppelt so hoch wie der Aussichtspunkt des Tetraeders in Bottrop. Und 30 Meter Höher als der ganze Tetraeder. Bei einem Gewicht von 1,02 Gramm pro Schein, ist das ein Geldhaufen mit einem Gewicht von 81,6 Kilo. Soviel wog auch der von den Sowjets 1957 in die Umlaufbahn gebrachte erste Satellit Sputnik, welcher den Beginn der Weltraumfahrt begründete. Würde man die Scheine aneinanderreihen ergäbe sich eine Strecke von 560 Kilometern, länger als die Strecke von Bottrop nach Paris. Diese Strecke entspricht einem dreizehnfachen Marathon und ist selbst für unseren Marathonmann Oberbürgermeister Tischler vermutlich nicht an einem Stück zu schaffen.

Die Kommunalpolitik in Bottrop hat sich 1994 - seitdem es defizitäre Haushalte in Bottrop gibt- auf diesen Marathon begeben. In diesen 16 Jahren sind schon 27 Millionen eingespart worden. Es ist die Parole ausgegeben worden „Alles muss auf den Prüfstand“. Dies fordert sowohl SPD, CDU, FDP und in besonderem Maße auch die ÖDP. Außenstehende können die *Haushaltskonsolidierungsprogramme*, Entschuldungskonzepte und *Nachtragshaushalte* schon nicht mehr nachvollziehen. Hinter der Haushaltskonsolidierung sollte aber doch ein Ziel stecken, eine Strategie, ein Plan. Es soll ein ausgeglichener *Haushalt*, verbunden mit dem Abbau von Schulden, erreicht werden und dann am Ende eine wirtschaftliche Kommune stehen. Soweit die Logik der Sparkommissare.

Die Vergeblichkeit dieses Vorhabens ist mit Sisyphus Strafe in der Unterwelt vergleichbar. Die Gründe für die Bottroper Misere liegen in der andauernden Umverteilung von Einnahmen und Aufgaben zu Ungunsten der Kommunen, vor allem um teure Wahlgeschenke von Union und SPD zu finanzieren. Permanent wurde das Konnexitätsprinzip mit Füßen getreten. Zeitgleich wurden die einzigen Einnahmequellen der Kommunen weiter reduziert. Hier tut sich besonders die Klientel-Partei der Besserverdienenden und Hoteliers hervor, indem sie eine Abschaffung der Gewerbesteuer fordert. Das Gegenteil wäre richtig: Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefortschrittssteuer, wie es der Landtag NRW in einer auf Antrag der Linken beschlossenen Resolution fordert, damit auch Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte für Infrastrukturleistungen zahlen.

Ihre mangelnde Solidarität mit den Kommunen, bewiesen die Liberalen auch bei einem Treffen der Bundestagsfraktionen mit dem Bündnis „*Raus aus den Schulden!*“ am 22. Februar in Berlin. Alle Fraktionen waren vertreten und ermunterten das Bündnis weiter für die Rechte der Kommunen zu kämpfen- die FDP nahm noch nicht mal teil. Die finanzpolitische Kreativität dieser Partei beschränkt sich nicht nur in Bottrop auf Personalabbau. Nicht zu vergessen natürlich auch so illustre Stilblüten wie ein

städtischer Tierfriedhof oder ein Campingplatz an der B224. Als Ausgleich für das durch Bestechungsgeld erreichte Steuergeschenk für Hotels, könnte die FDP in Bottrop ja wenigstens mal die Einführung einer Betten- oder Übernachtungssteuer fordern. Stattdessen fordert die FDP in Bottrop eine Ausweitung von 1-Euro-Jobs in der Schulwegsicherung. Diese Politik ist im wahrsten Sinne des Wortes A-Sozial. Da verwundert es auch nicht, dass die FDP als einzige kleine Partei mit der Großen SPD-CDU-Kuschel-Koalition in Bottrop gegen eine Beteiligung der LINKEN in den Gremien zu Innovation City und zu den Verhandlungen mit der ELE stimmte. Ein willkürlicher und undemokratischer Akt der Ausgrenzung. Dies wird von uns als Zäsur in der bisherigen vorwiegend kollegialen Zusammenarbeit verstanden. DIE LINKE war die einzige Partei, die im Kommunalwahlkampf die Rekommunalisierung der Energieversorgung groß thematisiert hat. Dies hätte für Bottrop nicht nur ökologische und wirtschaftliche Vorteile, wie Beispiele aus vielen anderen Kommunen zeigen. Es gäbe uns auch sozialpolitisch Einflussmöglichkeiten bei der Energieversorgung. Hier scheint DIE LINKE bei den Verhandlungen mit der ELE nur zu stören. Dasselbe gilt für Innovation-City. Wir unterstützten die Bewerbung, eine breite Beteiligung der Politik vor Ort wurde uns noch auf der letzten Ratssitzung zugesichert. Nun wird DIE LINKE in Bottrop auch aus diesem Prozess herausgehalten. Das ist nicht „*Mehr Demokratie wagen*“, wie es Willy Brandt einst forderte, sondern das glatte Gegenteil.

Auch die Beratungen zum Haushalt zeigen diese undemokratische Tendenz. Die Kuschelkoalition aus SPD und CDU stimmt sämtliche unsozialen Kürzungsbeschlüsse durch und wird dort wahlweise von FDP und ÖDP unterstützt. Da wird eine pauschale Kürzung in allen Bereichen beschlossen, ohne eine Gewichtung der einzelnen Bereiche vorzunehmen. Da soll im Jugendbereich genauso viel gekürzt werden wie im Bereich der Inneren Verwaltung. Das ist nicht das Gießkannen- sondern das Staubsaugerprinzip. Pauschale Kürzungen in allen Bereichen, bedeuten im Jugend und Schulbereich de Facto Einsparungen über einer Million Euro. Seit 1994 wurden insgesamt schon 27 Millionen Euro eingespart. Nun sollen weitere vier Millionen eingespart werden.

Funktionierende Infrastruktur, wie die Bücherei Boy sollen geschlossen werden. Ich frage Sie meine Damen und Herren, waren Sie schon mal einen Tag vor Ort und haben miterlebt was dort –neben dem Verleih von Medien- an Stadtteilarbeit geleistet wird?

Den Bürgerinnen und Bürgern wird immer mehr ins Portemonnaie gegriffen. Die Grundsteuer, die Hundesteuer und weitere Gebühren werden erhöht.

Stattdessen wird das Millionenprojekt Flugplatz Schwarze Heide ohne Rücksicht auf Verluste durchgezogen. In der vagen Hoffnung auf Ansiedlung von Gewerbe. Das ist für uns und für viele nicht mehr nachvollziehbar.

Wenn die Stadt Bottrop in drei Jahren ihr komplettes Eigenkapital aufgebraucht haben wird, kommt der nächste Hammer, wenn nämlich im Bergbau die Lichter ausgehen. Hier wird mal wieder eine weltweit führende deutsche Technologie geopfert. DIE LINKE war hier die einzige Partei die sich sowohl im Landtag als auch im Bottroper Rat für einen Sockelbergbau nach 2008 eingesetzt hat. Auch die Genossen von der SPD vielen mal wieder um wie schon bei der Ehrung für den Mörder Löwenfeld in Kirchhellen.

Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenzahlen und damit ein weiterer Anstieg der Sozialausgaben ist zu befürchten. Hier steckt ein weiterer Fehler im System und diesen haben die Hartz IV-Parteien CDU, SPD und Grüne zu verantworten. Hartz IV-Empfänger erhalten nur unzureichende Heizkostenpauschalen und Unterkunftskosten und müssen diese dann gerichtlich einklagen. Die Energiekonzerne machen Gewinne und erhöhen gleichzeitig die Preise, statt einen günstigen Stromtarif für Menschen mit geringem Einkommen bereitzustellen, wie dies z.B. in Belgien schon geschieht.

Sie sehen, es sind immer wieder Bundes- und Landesentscheidungen die sich finanziell direkt oder indirekt auf die Kommunen auswirken.

Aktuell erklärte das Verfassungsgericht NRW den Landeshaushalt für verfassungswidrig. Wir können für Bottrop nur hoffen, dass es jetzt nicht zu Neuwahlen kommt, denn die 400 Millionen vom Land wären dann erst mal passee. Wir haben keine Angst vor Neuwahlen, aber für die Kommunen wäre es jetzt fatal.

Die Kommunen stecken in der Vergeblichkeitsfalle. Wie Adorno so schön sagte: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“. Selbst wenn sämtliche freiwilligen Leistungen von heute auf morgen gestrichen würden, könnte die Verschuldung nicht vermieden werden, da schon die Zinszahlungen alleine deutlich höher sind als dieser Betrag.

Es kann allenfalls darum gehen unsinnige Ausgaben zu vermeiden, wie unserer Ansicht nach im Falle Flugplatz Schwarze Heide, beim Ausbau der B224 oder auch beim StadLicht-Konzept. Oder aber, man erschließt neue Einnahmequellen, dies kann für uns LINKE die Gemeindefinanzierungssteuer sein die endlich auch Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte mit in die Verantwortung nimmt. Diese kann auf kommunaler Ebene leider nicht beschlossen werden. Die Kürzungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich sind für uns aber keinesfalls hinnehmbar.

Dieser Haushaltsentwurf ist unsozial und belastet insbesondere die Geringverdiener. Daher unterstützt die LINKE jeglichen außerparlamentarischen Widerstand von Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften und stimmt selbstverständlich gegen den Haushalt.

Glück auf !